

beraten und beschlossen

Aktuelles aus der Landessynode

III. Tagung der 26. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers
24. bis 27. November 2020

„Vorausschauende Planung ist dringend notwendig“ Landessynode beschließt ausgeglichenen Haushalt für 2021 und 2022

„Alle Prognosen zur Steuerentwicklung sind immer auch eine Portion Kaffeesatzlesen“ – diesen Warnhinweis schickte Dr. Rolf Krämer, Finanzchef der hannoverschen Landeskirche, seiner Einbringungsrede zum Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2021 und 2022 voran. Klar sei, dass die Landeskirche von einem massiven Einbruch der Kirchensteuererträge aufgrund der Corona-Pandemie betroffen sei; dennoch werde sie finanziell wohl mit einem blauen Auge davon kommen – dank sparsamer Haushaltsführung.

„Dieser Haushalt ist ein Sparhaushalt“, stimmte Krämer die Mitglieder der 26. Landessynode auf das Zahlenwerk ein. Dennoch sei alles Notwendige finanzierbar und die Risikorücklage werde für die Jahre ab 2025 geschont.

Für das laufende Jahr rechnet die Finanzabteilung des Landeskirchenamtes mit Steuerausfällen in Höhe von etwa 50 Millionen Euro – rund 40 Millionen weniger, als noch im Sommer prognostiziert. Allerdings werde das Niveau des Jahres 2019 auch erst 2023 wieder erreicht; ab 2025 sei dann ein nominales Wachstum der Kirchensteuererträge nicht mehr zu erwarten.

„Dringend notwendig sind vorausschauende Planungen, die ab 2023 Einsparungen für den landeskirchlichen Aufwand von zwei Prozent pro Jahr vorsehen“, stellte Krämer fest. Um vor dem Hintergrund der sinkenden Mitgliedszahlen auch für die 2030er-Jahre gerüstet zu sein, sieht Krämer eine Herkulesaufgabe auf die Landeskirche zukommen.



Erstmals folgten die Synodalen der Einbringung eines Etatentwurfes am Bildschirm und nicht im Sitzungssaal – aufgrund der aktuellen Infektionslage fand die III. Tagung der 26. Landessynode vollständig digital statt.

Der Haushaltsplan für die kommenden beiden Jahre, den die Landessynode am letzten Sitzungstag verabschiedete, ist ausgeglichen. Er sieht für das Jahr 2021 Aufwendungen in Höhe von 641,87 Millionen Euro vor; 2022 sollen es 656,97 Millionen sein. Die Investitionen werden mit einem Volumen von 2,32 Millionen (2021) und 435.000 Euro (2022) geplant.

Prozentual entfallen jeweils rund 69 Prozent der Aufwendungen auf Zuweisungen an Kirchenkreise und -gemeinden, Pfarrbesoldung, Aus- und Fortbildung und die Instandhaltung von kirchlichen Gebäuden.

Aus dem Inhalt

Kulturarbeit zählt
in der Landeskirche **Seite 2**

Scoping-Ausschuss für
den Zukunftsprozess **Seite 3**

Bischof kritisiert den
Begriff „systemrelevant“ **Seite 5**



**EVANGELISCH-LUTHERISCHE
LANDESKIRCHE HANNOVERS**

Kulturarbeit zählt in der Landeskirche

Kulturkirchen sollen über 2021 hinaus Förderung erhalten

„Schlechte Zeiten sind gute Zeiten für das Scharfstellen auf das, was zählt – und Kulturarbeit sollte in der hannoverschen Landeskirche zählen.“ Mit diesem eindringlichen Appell forderte Marianne Gorka, Vorsitzende des Ausschusses für Kirchenmusik und Kultur, die Landessynode dazu auf, die Kulturarbeit in Kirchen auch über den laufenden Projektzeitraum bis 2021 hinaus zu fördern.

Was einmal als Innovation begonnen habe, habe sich etabliert und trage dazu bei, die Präsenz von Kirche außerhalb ihrer traditionellen Orte zu fördern, betonte Gorka. Mit den vier sogenannten signifikanten Kulturkirchen, die jährlich mit jeweils 50.000 Euro gefördert werden, seien aus Erprobungsräumen Resonanzräume geworden; die Kirche biete sich hier als Gesprächspartnerin für gesellschaftlich relevante Fragen an.

Die Landessynode folgte dem Antrag des Ausschusses für Kirchenmusik und Kultur und befürwortete die Förderung der Kulturarbeit in Kirchen für weitere vier Jahre ab 2022. Das

Literaturhaus St. Jakobi Hildesheim soll die Fördermittel erhalten, ohne sich erneut einem Wettbewerb stellen zu müssen. Der Planungsausschuss erhielt darüber hinaus den Auftrag, Möglichkeiten der Vertretung für die Förderung des Literaturhauses zu prüfen.

Dr. Karin Köhler (Hildesheim-Göttingen) unterstützte diese Entscheidung mit dem Hinweis darauf, dass die Einrichtung ganz andere Menschen als die klassische kirchliche Klientel erreiche, insbesondere Studentinnen und Studenten. Dr. Bettina Siegmund (Ostfriesland-Ems) benannte in diesem Zusammenhang ein strukturelles Problem: „Unser Umgang mit gelingenden Projekten ist ungeklärt“, stellte sie fest. Die Landessynode wün-



Marianne Gorka berichtete der Landessynode über die erfolgreiche Kulturarbeit in Kirchen.

sche sich viele solcher Projekte, wisse aber nicht, wie sie dauerhaft mit deren Finanzierung umgehen solle. „Solche Projekte sind möglicherweise ein Ansatz für neue Gemeindeformen, wie sie nach der Verfassungsreform möglich sind“, regte Dr. Fritz Hasselhorn, Vorsitzender des Planungsausschusses, an. Über die dauerhafte Finanzierung solcher Formen müsse nachgedacht werden.

„So sollte synodale Arbeit sein“

Bekämpfung von Fluchtursachen wird auch 2022 gefördert

„Ich bin sehr berührt davon, dass in vielen Gesprächen so konstruktive Lösungen gefunden wurden – so sollte synodale Arbeit sein“, betonte Dr. Karin Köhler aus dem Sprengel Hildesheim-Göttingen, nachdem der Haushaltsplan für die Jahre 2021 und 2022 beschlossen worden war. Sie nahm damit Bezug auf Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf, die noch während der Sitzungstage verhandelt und in der abschließenden Abstimmung in den Etatplan aufgenommen wurden.

Auf Antrag des Synodalen Dr. Jörg Zimmermann (Sprengel Lüneburg)

für den Ausschuss für Mission und Ökumene stellt die Landeskirche im Haushaltsjahr 2022 eine Summe von 400.000 Euro für Projekte des Ev.-luth. Missionswerkes in Niedersachsen (ELM) zur Verfügung. Das Geld soll zur Bekämpfung von Fluchtursachen und zur Begleitung von Geflüchteten im Globalen Süden eingesetzt werden. Die geplante Streichung dieser Projektmittel nach 2021 sei ein absolut falsches Signal, betonte Zimmermann und erinnerte an die wachsende Zahl von Menschen auf der Flucht, unter anderem in Äthiopien. Dirk Stelter, Referatsleiter Mission und Ökumene im

Landeskirchenamt, ergänzte, dass die Voraussetzungen vor Ort strukturell und personell gegeben seien; das ELM leiste gute und kostengünstige Arbeit.

Die Finanzierung der zusätzlich eingestellten Summe soll aus Mitteln der Flüchtlingsarbeit erfolgen, die in den Kirchenkreisen nicht verwendet werden und an die Landeskirche zurückfließen. Jörn Surborg (Sprengel Hildesheim-Göttingen) betonte, dass damit keine Einschränkung der Flüchtlingsarbeit in den Kirchengemeinden verbunden sei, da es sich ausschließlich um Gelder handele, die vor Ort nicht gebraucht würden.

Planungszeitraum von sechs Jahren

Einsparungen und mehr Zeit für Stellenrahmenpläne und Konzepte

Der nächste Planungszeitraum der hannoverschen Landeskirche umfasst die sechs Jahre von 2023 bis 2028 – diesem Vorschlag des Landeskirchenamtes, der in zahlreichen Gesprächen mit dem Finanz- und dem Planungsausschuss vorbereitet worden war, folgte die Landessynode an ihrem letzten Sitzungstag. Vorrangiges Ziel ist es, den Kirchenkreisen Planungssicherheit über einen relativ langen Zeitraum zu geben.

„Es wird jetzt ernst mit den Veränderungen, von denen wir alle gewusst haben, dass sie auf uns zukommen“, erklärte Oberlandeskirchenrat Dr. Rainer Mainusch zu den vorgelegten Zahlen. Das Planungsvolumen sinkt jährlich um zwei Prozent von 261,75 Millionen Euro im Jahr 2023 auf 236,6 Millionen für 2028. Die geplanten Einsparungen im Umfang von insgesamt zwölf Prozent seien die größten, die je für einen Planungszeitraum veranschlagt worden

seien; sie forderten neue Schwerpunkte heraus und eröffneten Freiräume für Innovationen, so Mainusch. Um den Kirchenkreisen und Kirchenkreissynoden mehr Zeit für ihre Beratungsprozesse zu geben, wird der Schlusstermin für die Vorlage von Stellenrahmenplänen und Konzepten zur Strukturanpassung vom 31. Dezember 2021 auf den 30. Juni 2022 verschoben.

Ihre Zustimmung erteilte die Landessynode auch der Einrichtung eines neuen Strukturausgleichsfonds, aus dem strukturell besonders belastete Kirchenkreise einen Solidarausgleich erhalten sollen. In den Beratungen zu diesem Aktenstück beantragte Tanja Heuer, Synodale aus dem Sprengel Lüneburg, sehr dünn besiedelte Regionen anders zu betrachten als städtische Gebiete: „Im Kirchenkreis Lüchow-Dannenberg würde die Anwendung der geplanten Kriterien zu einem Wegfall von 25 Prozent unserer

Pfarrstellen führen.“ Dr. Fritz Hasselhorn, Vorsitzender des Planungsausschusses, erklärte dazu, der Antrag Heuers habe eine Schwachstelle des geplanten Strukturausgleichs benannt: „Wir haben besonders dünn und besonders stark besiedelte Räume zusammengefasst – das war ein Fehler.“ In der Folge beschloss die Landessynode einen leicht veränderten Strukturausgleich, der für sechs Jahre die Zahlung von 16,4 Millionen Euro vorsieht. Um durch die Veränderung dicht besiedelte Regionen nicht schlechter zu stellen, wird der Fonds gegenüber der ursprünglichen Planung um 600.000 Euro aufgestockt.

Das System der Pfarrstellenverrechnung wird auf Antrag von Steffen Creydt (Hildesheim-Göttingen) durch den Planungs- und den Finanzausschuss in Zusammenarbeit mit dem Landeskirchenamt überprüft und gegebenenfalls kostenneutral modernisiert.

Kirchensteuer bleibt unverändert

Die Landeskirchensteuer für die Jahre 2021 und 2022 wird neun Prozent der Einkommensteuer bzw. Lohnsteuer oder Kapitalertragsteuer betragen, höchstens jedoch 3,5 Prozent des zu versteuernden Einkommens bzw. Arbeitslohnes – diesen Beschluss fasste die Landessynode und folgte damit den Empfehlungen von Landeskirchenamt und Finanzausschuss. Marie-Luise Brümmer, Vorsitzende des Ausschusses hob die Bedeutung dieses Beschlusses für die künftige Finanzentwicklung hervor.

Die Zahlen entsprechen den aktuell gültigen Sätzen, wie Oberkirchenrat Wolf Martin Waldow erklärte. Er sprach einen großen Dank an alle Kirchensteuerzahlerinnen und -zahler aus, die es ermöglichten, kirchliche Arbeit zu gestalten.

Scoping-Ausschuss soll den Zukunftsprozess in Gang bringen



Ein Stück Zukunft: Der Mediendienst der Evangelischen Jugend Bramsche ermöglichte einen reibungslosen Ablauf der digitalen Landessynode.

„Scoping“ ist laut einem Wikipedia-Eintrag die Definition von Aufgaben- oder Untersuchungsumfängen in kom-

plexen Planungs-, Management- oder Herstellungsprozessen.

Weiter auf Seite 4

Erneute Kostensteigerung im Predigerseminar LSA befasst sich auch mit Pfarrstellen und interner Kommunikation

„Die Mühen der Gebirge liegen hinter uns. Vor uns liegen die Mühen der Ebenen.“ Mit diesem Zitat aus einem Text von Bertolt Brecht aus dem Jahr 1949 leitete Jörn Surborg, Vorsitzender des Landessynodalausschusses (LSA), seinen Bericht aus dem Ausschuss ein. Er nahm damit Bezug auf die zurückliegenden Pandemie-Monate mit ihren öffentlichen und innerkirchlichen Debatten und den Anstrengungen, Kommunikation in Zeiten des Abstandsgebotes zu organisieren.

Zunächst nahm Surborg die erneute Kostensteigerung beim Umbau des Predigerseminars Loccum in den Blick. Nachforderungen von sechs Architekturbüros sowie Kostensteigerungen bei den Außenanlagen ließen unerwartete Mehrkosten von bis zu einer Million Euro erwarten. Zum wiederholten Male müsse der LSA der Landessynode daher von einer Kostensteigerung berichten, so Surborg; er hoffe jedoch, dass dies nun das letzte Mal der Fall gewesen sei.

Der LSA hatte den Mehrkosten bis zu einer Höhe von einer Million Euro zugestimmt unter der Maßgabe, dass die Finanzierung aus Mitteln erfolgt, die ursprünglich für einen Erweiterungsbau des Zentrums für Seelsorge und Beratung (ZfsB) vorgesehen waren. Diese Mittel, die unter Verweis auf die Corona-bedingte Haushaltssperre nicht freigegeben worden waren, für Baukosten an anderer Stelle einzusetzen, halte er für problematisch, erklärte hierzu der Synodale Christian Berndt aus dem Sprengel Lüneburg in der Aussprache. Oberlandeskirchenrat Adalbert Schmidt erwiderte, die Verwendung der Mittel sei Gegenstand der Kollegberatung gewesen und die Fachabteilung habe mitgeteilt, dass es keine absolute Notwendigkeit für die Erweiterung des ZfsB gebe.

In seinem Bericht nahm der LSA-Vorsitzende auch die Zahl der Pfarrstellen in den Blick: Diese werde sich bis zum Jahr 2030 von aktuell knapp 1.800 auf 1.200 reduzieren. In diesem Zusammenhang müsse auch die Zahl der übergemeind-



Der Umbau des Predigerseminars in Loccum verursacht erneut Mehrkosten.

lichen und Funktionsstellen im Blick behalten werden: Erstmals seit sechs Jahren sei deren Zahl wieder unter 400 gesunken. Bei der Reduzierung müsse man jedoch mit Augenmaß vorgehen: Die übergemeindlichen Pfarrstellen würden zur Entlastung der Gemeindepastor*innen dringend gebraucht.

Zuletzt wendete Surborg sich dem Thema Kommunikation zu: „Die Kommunikationswege innerhalb der Landeskirche unterziehen sich gerade einem

Stresstest“, stellte er fest. Handlungsbedarf werde bei der „Dauerbaustelle“ eines funktionierenden Adressmanagements deutlich, aber auch in struktureller Hinsicht. Seit Abschaffung des Kirchen-senats fehle eine Austauschplattform für kirchenleitende Organe. Der LSA-Vorsitzende regte, analog zum Ephorenkonvent, regelmäßige Treffen der Spitzen der Leitungsorgane an, um in den Austausch und zu einem vertieften gegenseitigen Verständnis zu kommen.

Breite Beteiligung von Anfang an

Fortsetzung von Seite 3

Die Landessynode beschloss die Einrichtung eines sogenannten Scoping-Ausschusses, dessen Aufgabe es sein soll, Form und Umfang des Prozesses „Zukunft Kirche“ zu erarbeiten und der Landessynode bis zu ihrer nächsten Tagung im Juni 2021 vorzulegen. „Wir hoffen, dass wir damit den Ball ins Rollen bringen“, erklärte Dr. Fritz Hasselhorn, Vorsitzender des Planungsausschusses, in seinem Bericht unter der Überschrift „Zukunft Kirche“.

„Wir haben jetzt Grundsätze für Beteiligungsverfahren, damit sind wir ein Stück weiter als im Verfassungspro-

zess“, stellte Hasselhorn weiter fest. Wichtig sei, dass alle kirchenleitenden Organe von Anfang an am Verfahren beteiligt würden; darüber hinaus sollen auch die Ebene der Kirchenkreise und -gemeinden sowie die landeskirchlichen Einrichtungen mit einbezogen werden. „Perspektiven von außen sollten integraler Bestandteil des Prozesses sein“, heißt es darüber hinaus im Aktenstück.

„Der Landessynodalausschuss wird sich im Sinne einer breiten Partizipation in diesen Prozess einbringen“, versprach der LSA-Vorsitzende Jörn Surborg.

„Missionarisch, ökumenisch, nachhaltig“ Landesbischof kritisiert den Begriff „systemrelevant“ scharf

„Ich glaube, wir befinden uns in einer Zeit des Exils. Die Corona-Krise hat uns vertrieben aus einer gewohnten Welt.“ Gedanken, die viele Menschen derzeit umtreiben, stellte Landesbischof Ralf Meister an den Beginn seines Berichtes vor der Landessynode. Es gehe bei dem Gefühl des Vertriebens nicht nur um Einschränkungen und soziale Veränderungen, sondern auch um die geistige und geistliche Verortung, betonte der Bischof. Trotz zahlreicher Angebote in den Gemeinden, die höchsten Respekt verdienten, erreichten ihn noch immer Briefe mit dem Tenor: „Wo seid ihr, Kirche?“

Hinter dieser Frage verberge sich die Gottesfrage, ist Bischof Meister überzeugt – die Frage, warum Gott sein Gesicht verberge und die Not der Menschen vergesse. „Wir brauchen Trost, wenn der religiöse Ritus brüchig wird ... deshalb war es so schmerzhaft, dass zu Ostern, dem Fest des großen Auferstehungstrostes, die Kirchen nicht zum Gottesdienst geöffnet wurden.“ Das Exil, das Leben im Ausnahmezustand, habe aber auch dazu geführt, dass viele Dinge, die schon lange ein Unwohlsein verursacht hätten, jetzt genauer angeschaut würden: „Es geht um eine selbstkritische Betrachtung unserer Tradition und den Versuch, sie – teilweise radikal – so zu übersetzen, dass sie als Richtschnur des Evangeliums in unserer Zeit verstanden wird.“

„Missionarisch, ökumenisch, nachhaltig“ – das müssten die Grundlagen für künftiges kirchliches Handeln sein, betonte Meister.

Einen weiteren Schwerpunkt legte der Landesbischof in seinem Bericht auf Kinder und Jugendliche in der Pandemie. Fast zehn Millionen Kinder weltweit könnten in der Folge von Lockdown und wirtschaftlichem Niedergang nie wieder zur Schule gehen, zitierte Meister aus einem Bericht der Organisation „Save the Children“. „Wir müssen im Gespräch bleiben mit den politisch Verantwortlichen, mit



Deutliche Kritik übte Landesbischof Ralf Meister an der Einordnung von Lebensbereichen in die Kategorien „systemrelevant“ oder „nicht systemrelevant“.

Bundestagsabgeordneten und Politikerinnen auf allen Ebenen“, forderte Meister. Auch ein konsequentes Klimaschutzkonzept und dessen Umsetzung seien keine rein regionalen Beschlüsse, sondern trügen zum globalen Geschehen bei mit dem Ziel, Kinder als letzte Glieder der Folgenkette des Klimawandels weltweit zu schützen.

„Ich bin sehr froh über das Projekt ‚LernRäume‘, mit dem Kirchen, Landesregierung und Vereine freiwillige, außerschulische Lernangebote für Schülerinnen und Schüler geschaffen haben“, betonte Meister weiter. Dankbar sei er auch für die vielen Angebote, die in den Kirchenkreisjugenddiensten, von Diakonen, Pastorinnen und Teamerinnen geschaffen wurden und unter oft suboptimalen Bedingungen aufrechterhalten würden.

Ein weiteres Mittel zur kirchlichen Präsenz in Corona-Zeiten sei die exzellente Vernetzung mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und

der Politik; so etwa in der Initiative Niedersächsischer Ethikrat oder im Rahmen der Aktion „#Niemand bleibt allein“.

„In der politischen Hierarchie belegt die Gesundheit den Spitzenplatz, dicht gefolgt von der Wirtschaft und der Bildung“, stellte der Bischof fest. Andere Bereiche, darunter auch die existenziellen religiösen Fragen, fielen aus dem Fokus der gesellschaftlichen Betrachtung heraus – weil nicht „systemrelevant“.

„Für mich ist dieses Wort das Unwort des Jahres 2020“, betonte Meister. Über das, was als systemrelevant eingestuft werde, sei nie diskutiert worden.

„Einen solchen Begriff kann eine Gesellschaft, die auf Gemeinschaft aus ist und zusammenhalten will, nicht ertragen. Es ist ein gefährlicher Begriff, der leichtfertig verwendet worden ist“, ergänzte Meister im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst am Rande der Synodentagung.

„Außergewöhnliches geleistet“ Bischofsbericht wird weiter beraten

In der Aussprache zum Bericht des Landesbischofs würdigten mehrere Rednerinnen und Redner, dass Kinder und Jugendliche darin eine große Rolle spielten. „Zu oft wird in der öffentlichen Debatte vergessen, dass Jugendliche in der Pandemie-Zeit Außergewöhnliches geleistet haben“, stellte Christian Berndt, Vorsitzender des Jugendausschusses, fest. Auf seinen Antrag hin überwies die Landessynode den Bischofsbericht zur Beratung in den Jugendausschuss, wo er insbesondere mit Blick auf das Thema „Wertschätzung gegenüber jungen Menschen“ und die Frage, welche Kommunikationswege wichtig und richtig sind, bearbeitet werden soll.

Kea Irmer, Synodale aus dem Sprengel Ostfriesland-Ems, berichtete davon, dass Kinder und Jugendliche sich im Lockdown verloren fühlten. Sie richtete einen Appell an alle Verantwortlichen, weitere Lernräume in Gemeindehäusern einzurichten und die Jugendtreffs wieder zu öffnen. Große Sorge um die kirchlichen Jugendbildungsstätten äußerte Silke Kahmann (Ostfriesland-Ems): Sollte die Schließung der Häuser aufgrund des Lockdowns noch länger anhalten, seien viele in ihrem Bestand gefährdet.

Großen Dank für den Bischofssatz „Kinder und Jugendliche sind mehr als Schülerinnen und Schüler“ äußerte Kai Koeser (Stade): „Ich möchte, dass dieser Satz in der Öffentlichkeit Widerhall erfährt.“ Kinder und Jugendliche hätten im Lockdown einen hohen Preis bezahlt.

Cordula Schmid-Waßmuth, Vorsitzende des Öffentlichkeitsausschusses, wünschte sich einen vertieften Blick auf den vielfach geäußerten Vorwurf, die Kirche habe in der Pandemie versagt. „Es ging um fehlende Seelsorge und um das fehlende Wort der Bischöfe, das dann ja im Oktober kam“, erklärte sie. Nötig sei auch der Blick auf die „Neiddebatte“: Während manch eine froh sei über die Möglichkeit, Gottesdienst zu feiern, neide manch anderer den Kirchen dies mit Blick auf geschlossene Theater und andere Kultureinrichtungen.

Oberlandeskirchenrat Hans-Joachim Lenke warb dafür, Gemeindehäuser in möglichst großem Umfang wieder zu öffnen: „Wir brauchen diese Lern- und Begegnungsräume.“

Zur weiteren Beratung wurde der Bischofsbericht auch in den Ausschuss für Theologie und Kirche sowie in den Bildungsausschuss überwiesen.

Drei Hallelujas für besondere Menschen

Die bekannten drei Hallelujas sprach Ralf Meister auch in diesem Jahr zum Ende seines Berichtes vor der Landessynode aus. Das erste richtet er an alle Mitarbeitenden der Evangelischen Jugend in der hannoverschen Landeskirche. Namentlich nannte er Kirchenkreisjugendwartin Jana Eckert und den 19-jährigen Jens Klemm aus Osterholz-Scharmbeck: „Die Klarheit und Souveränität, mit der er für die Anliegen der jungen Erwachsenen sprach, nahm mir einmal mehr die Sorge um die Zukunft unserer Kirche.“

Ein zweites Halleluja geht an Martin Ermer aus der Markus-Kirchengemeinde Hildesheim: Seit zehn Jahren veranstaltet er jährlich eine Pilgertour zu einem von ihm gestalteten spirituellen Ort auf dem Tosmarberg im Hildesheimer Wald – „Jahr für Jahr, auch in Corona-Zeiten“, wie der Landesbischof betonte.

Das dritte Halleluja geht an Sylke Bargheer, Mitarbeiterin der Palliativstation im Diakovere Friederikenstift in Hannover, und alle anderen, die in der Palliativpflege tätig sind. „Wie Sylke Bargheer von ihrem Dienst sprach, in der Treue und Verteidigung des Lebens und in der Hilfe im Sterbeprozess, hat mich bewegt“, schloss der Landesbischof.

Relevant für die Zukunft der Kirche Studie zu Ehrenamtlichen im Verkündigungsdienst vorgestellt

„Der ehrenamtliche Verkündigungsdienst ist für die Zukunft unserer Kirche relevant, und er wird weiter an Relevanz gewinnen“, betonte Oberkirchenrätin Elke Schölper, Referentin im Landeskirchenamt für die Lektor*innen- und Prädikant*innenarbeit. Sie stellte der Landessynode eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD (SI) vor, die im Anschluss an die Aussprache als Material an die Aus-

schüsse für kirchliche Mitarbeit sowie für Theologie und Kirche überwiesen wurde.

Seit 2011 seien die Curricula für die Ausbildung von Lektor*innen und Prädikant*innen und deren Einsatzmöglichkeiten kontinuierlich weiterentwickelt worden, berichtete Schölper. Als Eckpunkte nannte sie die Abschaffung der Altersgrenze, die Übernahme von Kasualien nach entsprechender Aus-

bildung, die Erlaubnis zur Darreichung des Abendmahls und die steigende Einsatzhäufigkeit. Aktuell seien etwa 1.900 Lektor*innen und Prädikant*innen im Einsatz – rund 100 mehr als Ordinierte im Gemeindedienst.

„Ehrenamtliche im Verkündigungsdienst gewinnen an Bedeutung“, stellte auch Dr. Gunther Schendel, Leiter der Studie am Sozialwissenschaftlichen Institut, fest. *Weiter auf Seite 7*

„Sie dienen gleichwertig dem Auftrag Christi“ Neue Rolle verlangt Gestaltung des Dienstes auf Augenhöhe

Fortsetzung von Seite 6

Lektor*innen und Prädikant*innen seien wichtige Brückenbauer zwischen Kirche und Gesellschaft, stellte Schendel fest. Sie verfügten über einen hohen Bildungsstand und seien der Kirche eng verbunden; von Pastorinnen und Pastoren im Gemeindedienst würden sie als wesentliche Entlastung wahrgenommen. Die meisten Lektor*innen und Prädikant*innen seien mit ihrer Ausbildung und der aktuellen Tätigkeit zufrieden; bemängelt werde jedoch zu wenig Austausch mit den Pastor*innen in der Vorbereitung von Gottesdiensten, die mangelnde Einbindung in die Kirchenkreise und eine unangemessen niedrige Entschädigung.

„Die Interessen der Ehrenamtlichen gehen deutlich über die Kompensation für wegfällende Pastor*innenstellen hinaus“, betonte Schendel. „Ehrenamtliche und berufliche Dienste dienen gleichwertig dem Auftrag Christi.“

„Wir müssen das ‚Abstandsgebot‘ dringend bekämpfen, damit wir eine echte Dienstgemeinschaft werden“, betonte auch Sabine Rösner (Sprengel Hannover). Silke Kahmann (Ostfriesland-Ems) und Marie Kleinhans (Hildesheim-Göttingen) betonten die Bedeutung der Ausbildungskurse U25 für junge Menschen; diese Kurse sollten noch bekannter gemacht werden.

Die Gestaltung des Dienstes von Ordinierten und ehrenamtlich Tätigen

auf Augenhöhe sei eine Frage der grundsätzlichen Haltung, erklärte Elke Schölper. Wenn Ehrenamtlichen eine zunehmend tragende Rolle zugewiesen werde, müsse auch über ihre Einbindung in die Gottesdienstplanung,



Elke Schölper stellte die Studie des SI vor.

über eine angemessene Honorierung und über die Ansprüche an Verbindlichkeit und Fortbildung gesprochen werden. „Und wir müssen sie stärker in die innerkirchlichen Debatten einbinden“, so Schölper.

Hochachtung für die acht Friedensorte

„Andere Landeskirchen schauen mit Hochachtung und Bewunderung auf unsere Friedensorte“, betonte Oberkirchenrat Dirk Stelter. Der Leiter des Referats Mission und Ökumene im Landeskirchenamt berichtete der Landessynode zum Stand der Arbeit an den acht Friedensorten, die die Landeskirche auf ihrem 2016 initiierten Weg zu einer Kirche des gerechten Friedens voranbringen sollen.

Die Finanzierung der Friedensorte endet im Dezember 2021; Stelter ermunterte die Landessynode daher, die Arbeit der Friedensorte zu verstetigen: „Sie machen uns sprach- und handlungsfähig angesichts der aktuellen Entwicklungen.“ Die Landessynode überwies den Bericht zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Mission und Ökumene.

Regionalzentren für Popmusik werden gebraucht

Ein Plädoyer für die Einrichtung kirchenmusikalischer Zentren mit dem Schwerpunkt Popmusik hielt Marianne Gorka, Vorsitzende des Ausschusses für Kirchenmusik und Kultur, in ihrem Bericht vor der Landessynode. Nicht nur von hauptamtlichen Kirchenmusiker*innen sei der Bedarf an dezentraler Aus- und Weiterbildung genannt worden; auch viele Gemeinden und Kirchenkreise hätten ihn formuliert. „Wir kommen euch entgegen“ – das sei das Signal, das die Landeskirche mit der Einrichtung der Regionalzentren aussenden könne.

Das Konzept des Ausschusses für Kirchenmusik und Kultur sieht vor, dass mehrere Kirchenkreise gemeinsam ein Regionalzentrum aufbauen. Zur Grundausstattung sollen die notwen-

digen Räume, eine volle Pop-Kirchenmusik-Stelle, eine 25-Prozent-Stelle für das Sekretariat sowie Sachmittel im Umfang von 10.000 Euro gehören. Anstellungsträgerin der Mitarbeitenden soll die Landeskirche sein, die in dieser Funktion 25 Prozent der Personalkosten sowie einen einmaligen Zuschuss übernimmt.

Die Landessynode beauftragte den Finanzausschuss zu prüfen, wie die benötigten Finanzmittel in den Haushaltsplan für die künftigen Haushaltsjahre eingestellt werden können. Regionalbischof Dr. Hans Christian Brandy (Sprengel Stade) begrüßte das vorgestellte Konzept ausdrücklich; gab aber zu bedenken, dass die 75-Prozent-Finanzierung durch die Kirchenkreise sehr anspruchsvoll sei.

Eines der dringendsten Themen Verstärkte Anstrengungen für Klimaschutz

In einer ausführlichen Diskussion widmete sich die Landessynode dem kirchlichen Klimaschutz – einem der dringendsten Themen überhaupt, wie Dr. Bettina Siegmund (Sprengel Ostfriesland-Ems) und Torben Salm (Hildesheim-Göttingen) in ihrem Bericht für den Umwelt- und Bauausschuss betonten. Eine deutliche Steigerung der Anstrengungen und eine verlässliche Personalausstattung seien nötig; das größte CO₂-Einsparpotenzial liege beim Gebäudemanagement und in einer nachhaltigen Beschaffung. „Für billig haben wir im Moment kein Geld“, appellierte Siegmund an die Landessynode, Investitionskosten auch unter dem Aspekt der langfristigen Betriebskostenreduzierung zu betrachten.

Die Landessynode forderte das Landeskirchenamt auf, gemeinsam mit dem Umwelt- und Bauausschuss ein Verfahren zu entwickeln, das umgehend den Bau von Heizungsanlagen

mit erneuerbaren Energieträgern in kirchlichen Gebäuden fördert, sowie den Bau von Anlagen mit fossilen Brennstoffen nur noch in begründeten Ausnahmefällen zulässt. Auf Ebene der Kirchenkreise soll der Klimaschutz durch eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Gebäudemanagement und Denkmalschutz gefördert werden.

Eine dritte Maßnahme bezieht sich auf kirchliche Kinder- und Jugendfreizeiten: Für die Förderung klimafreundlicher Freizeiten sollen in den Jahren 2021 und 2022 jeweils 90.000 Euro bereitgestellt werden. Das Landesjugendpfarramt soll in Zusammenarbeit mit dem Umwelt- und Bauausschuss Kriterien zur Mittelvergabe entwickeln.

Torben Salm wies auf die hohe Zahl von 90.000 Teilnehmer*innen-Tagen bei kirchlichen Freizeiten und die damit verbundene Verantwortung hin. Er regte die Einbeziehung der Klima-Checkliste der Evangelischen Jugend an.

Verabschiedungen

Beide gehörten lange Jahre zur Landessynode und nahmen hier ihre Aufgaben als Teil des Bischofsrates wahr: Am vorletzten Sitzungstag verabschiedete Synodenpräsident Dr. Matthias Kannengießer die Regionalbischöfe Dieter Rathing (Sprengel Lüneburg) und Eckhard Gorka (Sprengel Hildesheim-Göttingen) aus der Landessynode. Beide wechseln im kommenden Frühjahr in den Ruhestand.

Kannengießer dankte beiden dafür, dass sie die Arbeit der Landessynode in vielfältiger Weise durch Wortbeiträge, Gespräche im Hintergrund und ihren Humor bereichert hatten.

Auch Arend de Vries, geistlicher Vizepräsident des Landeskirchenamtes, wurde mit großem Dank und digital übermitteltem, kräftigem Applaus der Landessynode in den Ruhestand verabschiedet.

Synoden-Wahlen

Auf Vorschlag des Geschäftsausschusses wählte die Landessynode die folgenden 29 Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder (in Klammern) in die 13. Synode der EKD und die 13. Generalsynode der VELKD.

Ordinierte: Marianne Gorka (Martin Steinke, Andreas Hannemann), Dr. Detlef Klahr (Martin Sundermann, N.N.), Dr. Martin Krarup (Johanna Schröder, Sebastian Kühl), Cordula Schmid-Waßmuth (Birgit Spörl, Anja Kleinschmidt). Nicht-Ordinierte: Marie-Luise Brümmer (Wencke Breyer, Ann-Marie Reimann), Annekatrin Herzog (Andrea Radtke, Adalbert Schmidt), Dr. Matthias Kannengießer (Friedo Hansen, Angelus Müller), Antonia Potempa (Ute Szameitat, Gerhard Koepsel), Henning Schulze-Drude (Heinz-Peter Utrata, Jan Meyer), Marten Siegmund (Wiebke Zimmermann, Lara Meyer).

Unkenntnis über gemeinsame Wurzel

„Jüdische Religion und Kultur gehören zur DNA der Kirche. Wer jüdisches Leben angreift, greift uns an.“ Mit diesen eindringlichen Worten bat Oberlandeskirchenrat Dr. Klaus Grünwaldt die Landessynode darum, die im Arbeitsfeld „Kirche und Judentum“ geleistete Arbeit zur Implementierung der Verfassung fortzuführen. In der seit Anfang 2020 gültigen landeskirchlichen Verfassung heißt es: „Die Landeskirche ... fördert die Begegnung mit Jüdinnen, Juden und Judentum und tritt jeder Form von Judenfeindlichkeit entgegen.“

„Es ist immer wieder erschreckend, wie groß die Unkenntnis über die gemeinsame Wurzel von Christen- und Judentum ist“, betonte Maike Selmayr (Sprengel Stade) und beantragte, ein Konzept für die Vertiefung und dauerhafte Implementierung der begonnenen Arbeit zu erstellen. Mit diesem Ziel wurde der Bericht aus dem Arbeitsfeld „Kirche und Judentum“ an die Ausschüsse für Theologie und Kirche, Bildung, Finanzen sowie Mission und Ökumene überwiesen.

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der
26. Landessynode der Evangelisch-
lutherischen Landeskirche Hannovers
von der landeskirchlichen Pressestelle,
Rote Reihe 6, 30169 Hannover

Redaktion: Andrea Hesse (verantw.)
unter Mitwirkung des Evangelischen
Pressedienstes Niedersachsen-Bremen
(epd) und der Presse- und Öffentlich-
keitsbeauftragten der Sprengel

Grafik und Satz: Andrea Hesse

Fotos: Jens Schulze

Druck: QUBUS media, Hannover



www.synode.landeskirche-hannovers.de